



Leichlingen, der 21.8.2025

Presseerklärung des Ortsverbandes der Grünen Leichlingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand des Ortsverbandes der Grünen Leichlingen hat sich bis auf die AfD an alle Parteien, die zur Kommunalwahl antreten, mit der Bitte gewendet, folgende öffentliche Erklärung mitzutragen:

Eine Zusammenarbeit mit der AfD im Stadtrat ist ausgeschlossen. Es werden von den Unterzeichnern dieser Erklärung bei Abstimmungen keine Mehrheiten NUR mit der AfD gebildet! Auch nicht in Einzelfällen!

Die AfD wird auch in Leichlingen zur Stadtratswahl antreten. Diese Partei wurde Anfang Mai dieses Jahres vom Bundesverfassungsschutz aufgrund ihrer extremistischen Ausrichtung als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Am 20. Juli 2025 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht die Einstufung als „Verdachtsfall“ (3/2021) als rechtskräftig.

Die Fraktionen, Parteien und Initiativen in Leichlingen, darunter Bündnis 90/die GRÜNEN, VOLT, Die Linke und Bündnis für Leichlingen, schließen eine Zusammenarbeit mit der AfD im Stadtrat entschieden aus.

In einer gemeinsamen Erklärung betonen die Unterzeichnenden: „Eine Zusammenarbeit mit der AfD im Stadtrat wird es nicht geben. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Abstimmungen keine Mehrheiten durch die Stimmen der AfD zustande kommen.“

Es ist uns wichtig, diese Position klar und deutlich an die Wählerinnen und Wähler zu kommunizieren, damit sie eine informierte Entscheidung treffen können.

Wir haben von allen Parteien Rückmeldungen erhalten.

Wir freuen uns nun gemeinsam mit Volt, Die Linke, Bündnis für Leichlingen und eingeschränkt die BWL (diese unterschreibt nur den Satz „Eine Zusammenarbeit mit der AfD im Stadtrat ist ausgeschlossen“) diese Erklärung zu veröffentlichen.

Wir bedauern sehr, dass CDU, SPD und FDP in Leichlingen diese Erklärung nicht mittragen möchten.

Der OV Leichlingen hat nun schon bei der dritten Wahl die Initiative zu einer überparteilichen Aktion gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD ergriffen. Unserer Wahrnehmung nach findet unser Engagement immer weniger Zuspruch. Wir interpretieren dies als ein gefährliches Symptom der schleichenden Normalisierung der Existenz einer rechtsextremen Partei in unserer Demokratie.

i.A. des Vorstandes

Bernd Brinkmann